

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Häfner und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/5295 —**

**Auskünfte zur toxikologischen Bewertung**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat mit Schreiben vom 13. Oktober 1989 – III b 4 – 42/24 – die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

**Vorbemerkung**

Die Verordnung über gefährliche Stoffe (Gefahrstoffverordnung) verpflichtet in § 16 Abs. 3 den Hersteller oder Einführer, dem Arbeitgeber auf Verlangen die von Gefahrstoffen ausgehenden Gefahren und die zu ergreifenden Maßnahmen mitzuteilen, falls beim Arbeitgeber Ungewißheiten über die Gefährdung mit Gefahrstoffen verbleiben. Durch Anfragen ist der Bundesregierung bekanntgeworden, daß häufig zwischen Arbeitgebern und Lieferanten Uneinigkeit darüber besteht, in welchem Umfang diese Auskünfte gegeben werden müssen. Insbesondere ist streitig, ob bei Zubereitungen (Mischung von Stoffen) in jedem Fall die genaue Zusammensetzung bekanntgegeben werden muß. Das für die Gefahrstoffverordnung federführende Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat auf entsprechende Anfragen mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung grundsätzlich nicht die exakte Zusammensetzung einer Zubereitung angegeben werden muß, sondern daß Angaben zur Zusammensetzung, insbesondere Nennung der gefährlichen Inhaltsstoffe sowie die zu ergreifenden Schutzmaßnahmen, ausreichen. Sofern diese Angaben, wie dies vielfach üblich ist, in entsprechenden Sicherheitsdatenblättern genannt sind, genüge auch die Übersendung dieser Sicherheitsdatenblätter. Dies vorausgeschickt, wird zu den Fragen im einzelnen wie folgt Stellung genommen:

Auskünfte, die von Herstellern oder sonstigen Anbietern von gefährlichen Arbeitsstoffen aufgrund der Gefahrstoffverordnung und des Chemikaliengesetzes in den DIN-Sicherheitsdatenblättern gegeben werden, reichen Arbeitsmedizinern häufig nicht aus, um eine verbindliche toxikologische Bewertung der jeweiligen Stoffe zu erstellen.

Anbieter lehnen weitere Auskünfte häufig unter Hinweis auf verschiedene Stellungnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ab, wonach Auskünfte, die über den Inhalt des DIN-Sicherheitsblattes hinausgehen, nur in „begründeten Einzelfällen“ zu geben sind.

1. Welche Gründe haben den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zu derartigen Stellungnahmen veranlaßt, und welche Auswirkungen verspricht sich die Bundesregierung von der so vorgegebenen restriktiven Vorgehensweise?

Wie in der Vorbemerkung dargelegt, ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung keineswegs der Auffassung, daß die Übersendung eines DIN-Sicherheitsdatenblattes in jedem Fall ausreicht.

2. Welches sind „begründete Einzelfälle“, in denen der Hersteller zur Herausgabe weiterer Daten verpflichtet ist?

Weitere Angaben über die Zusammensetzung einer Zubereitung sind insbesondere erforderlich, wenn

- die Angaben im Sicherheitsdatenblatt nicht ausreichen, um Arbeitsschutzmaßnahmen treffen zu können,
- bei der vorgesehenen Verwendung der Zubereitung aus einem ungefährlichen Bestandteil gefährliche Stoffe oder Zubereitungen entstehen oder freigesetzt werden können oder
- es für die gesetzlich vorgeschriebenen Messungen von gefährlichen Stoffen am Arbeitsplatz notwendig ist, die potentiell auftretenden Konzentrationen zu kennen, um ein geeignetes Meßverfahren auswählen zu können.

3. Woran soll ein Anwender, dem der Anbieter die Zusammensetzung vorenthalten hat, entscheiden, ob hier ein Stoff mit besonderem Risiko vorliegt?

Der Anwender erhält vom Anbieter nicht nur Angaben zur Zusammensetzung einer Zubereitung, sondern auf Verlangen auch Angaben über die zu ergreifenden Schutzmaßnahmen. Gegebenenfalls kann der Anwender auch konkret nach Konzentrationen von Stoffen mit besonders hohem Risiko, wie z.B. krebs-erzeugenden Stoffen, fragen.

4. Welche Gefahren für die Umwelt und für die Gesundheit am Arbeitsplatz können nach Auffassung der Bundesregierung dadurch entstehen, daß die Anwender in vielen Fällen auch die potentiell toxischen Substanzen die genaue Zusammensetzung nicht kennen und auch auf Nachfrage nicht in Erfahrung bringen?

Es ist nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung aus fachlichen Gründen nicht erforderlich, in

jedem Fall die exakte Zusammensetzung einer Zubereitung zu kennen. Es entspricht daher dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den Hersteller oder Anbieter nicht in jedem Fall zur Angabe der exakten Zusammensetzung und damit möglicherweise zur Preisgabe eines wichtigen Geschäftsgeheimnisses zu verpflichten. Im begründeten Einzelfall muß das Interesse an der Wahrung des Geschäftsgeheimnisses jedoch wie dargelegt zugunsten des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer zurückstehen.

5. Ist die Bundesregierung bereit, ihre Haltung zu ändern und in einer neuen Stellungnahme darauf hinzuweisen, daß alle von Anwendern aus Gründen des Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes gestellten Fragen zu gefährlichen Arbeitsstoffen beantwortet werden sollen?
6. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Informationen der Anwender im Umgang mit gefährlichen Gütern zu verbessern?

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Chemikaliengesetzes vorgeschlagen, folgende neue Bestimmungen in § 19 des Gesetzes einzufügen:

„... , daß der Hersteller oder Einführer dem Arbeitgeber auf Verlangen die gefährlichen Inhaltsstoffe der Gefahrstoffe sowie die von den Gefahrstoffen ausgehenden Gefahren oder die zu ergreifenden Maßnahmen mitzuteilen hat.“

Auch dieser Vorschlag sieht keine Verpflichtung vor, in jedem Fall die exakte Zusammensetzung anzugeben. Er verbessert aber die gesetzlichen Grundlagen für eine weitergehende Präzisierung der Auskunftspflicht in § 16 der Gefahrstoffverordnung.

Deshalb hat die Bundesregierung diesem Vorschlag des Bundesrates in ihrer Gegenäußerung zugestimmt.

